

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 8538. ...
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 4

Cöln, den 23. Februar 1918

VI. Jahrgang.

Jugend und Gewerkschaft.

Vor wenigen Jahren hat man sich meistens der Gewerkschaften damit begnügt, nur die erwachsenen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Immermehr ist man aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß es eine Notwendigkeit ist, auch die Jugendlichen der Organisation zuzuführen. Der Krieg hat diese Ueberzeugung noch wesentlich gestärkt. Sind doch heute jugendliche Personen in so großer Zahl in Industrie und Gewerbe beschäftigt, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dadurch in hohem Maße beeinflusst werden. In der Zukunft wird das voraussichtlich in noch stärkerem Maße der Fall sein. Das dürfte sich besonders bei der Einleitung und Durchführung von Lohnbewegungen bemerkbar machen. Geben in solchen Fällen die Jugendlichen mit den Erwachsenen Hand in Hand, dann dürfte der Erfolg sichergestellt sein, wogegen er in Frage gestellt würde, wenn das nicht der Fall wäre.

Auch im Interesse der Jugendlichen selbst müssen die Gewerkschaftler sich ihrer annehmen. Der Lehrling von heute ist unser Mitarbeiter für später. Helfen wir ihm, sich zu einem tüchtigen, kenntnisreichen Menschen zu entwickeln, so wird er davon sein ganzes Leben profitieren und uns Dank wissen. Andererseits wird er geradezu zu einem Ankläger, wenn wir ihn vernachlässigen. Neben der Ausbildung müssen wir aber auch genügend Bedacht nehmen auf Leben und Gesundheit der jugendlichen Arbeiter. Was an geistlichen Bestimmungen zu ihrem Schutze besteht, darüber müssen wir wachen, daß es beobachtet und durchgeführt wird. Wie wichtig ist es, wenn junge Leute durch Ueberanstrengung sich schwere Körpergebrechen oder den Stein zu den chronischen Krankheiten zuziehen oder durch Unfälle verkrüppelt oder verstoßt werden oder gar zu Tode kommen. Und doch kommt dies alles nicht zu den Seltenheiten.

Jeder erwachsene Arbeiter sollte sich deshalb für verantwortlich fühlen, für den ihm angetrauten Lehrling oder jugendlichen Arbeiter so zu sorgen, als ob er Väterstelle an ihm zu vertreten hätte. Würde man allgemein so denken und handeln, dann würde man sich bald das vollste Vertrauen der jugendlichen erwerben, und es würde ein Leichtes sein, ihn für die Gewerkschaft zu gewinnen.

Man findet sowohl in den Gemeinde- wie in den Straßenbetrieben meist nur sehr wenig jugendliche Personen beschäftigt. Zwar hier und da ist man mit der Ausbildung von Lehrlingen und für die sonstigen Arbeiten beschäftigt, und auch mit Erwachsenen eingestellt. Dennoch sollte man sich bemühen, auch die für den Betrieb so ge-

winnlich sind. Diese Zuführung der Jugendlichen zu unseren Organisationen ist aber auch notwendig mit Rücksicht auf die Agitation der gegnerischen Verbände. Diese bemühen sich unermüdet, die Jugendlichen für sich zu gewinnen, eingedenk des Wortes: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“. Das gilt aber in gleicher Maße auch für uns. Deshalb darf es auch bei uns kein Zögern mehr geben, wollen wir nicht ins Hintertreffen geraten. Eine Reihe unserer Vorkämpfer haben sich des längern auf diesem Gebiete betätigt und recht erfreuliche Erfolge dadurch erzielt. So insbesondere die Bergarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter und andere. Auch für unsere Verbandsmitarbeiter gilt es jetzt, sich auf diesem Gebiete mehr zu betätigen. Die Erfolge werden sich dann schon zeigen.

Schließlich möchten wir unsere Kollegen noch darauf hinweisen, daß sie ihre eigenen Söhne und Töchter den christlichen Gewerkschaften zuführen. Damit kann auch kaum früh genug begonnen werden. Das kann schon bald nach der Schuleinführung geschehen, da die Verbände besondere Jugendabteilungen mit geringem Beitrag eingerichtet haben. Möge man auch in untern Reihen dieser wichtigen Frage das nötige Interesse entgegenbringen und sich die Gewinnung der Jugendlichen für unsere Organisation recht angelegen sein lassen.

Zur Frage der Arbeitskammern.

Ein Artikel in Nr. 3 unserer Verbandszeitung befaßt sich mit der Stellung der Straßenbahner bei Einrichtung von Arbeitskammern. Ohne in den Einzelheiten dieser Ausführungen Stellung nehmen zu wollen, möchten wir darauf hinweisen, daß ähnliche Unklarheiten, wie sie in dieser Frage für den Straßenbahner bestehen, auch noch für andere Gruppen von Arbeitern und Angestellten vorhanden sind. Wir erinnern nur an verschiedene Gruppen städtischer Arbeiter und Angestellten bei denen ebenfalls die Frage, ob sie der Gewerbeordnung unterliegen oder ob sie als Arbeiter oder Angestellte zu betrachten sind, noch der Klärung bedarf. Schon bei den eigentlichen Arbeitern sind wieder Verwirrungen finden wir bei den Behörden sehr verschiedene Auffassungen hinsichtlich der Unterstellung einzelner Gruppen unter die Gewerbeordnung. So werden z. B. in einer Stadt die Arbeiter des städtischen Anpflanzens und der Straßenreinigung, oder der Gartenverwaltung nur als gewerbliche Arbeiter erachtet, dagegen in einer benachbarten Stadt nicht. Selbst im Reichsentscheidungsamt über Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse trat diese Verwirrung durch die Aufklärung zu Tage. Auch unter uns wird die Forderung von

wie auch bei den Straßenbahnern Zweifel hinzukommen über die Frage, ob die Betroffenen als Arbeiter oder Angestellte anzusehen sind, zum Beispiel bei Schulinienwächtern, Förstern, Galen, Werft-, Bergweiskern, Bohrarbeitern und anderen. Bei diesen und noch einer Reihe anderer Beschäftigungsarten können Zweifel auftauchen hinsichtlich der Frage, ob es sich um Arbeiter oder Angestellte handelt.

Es aber bekanntlich, wenn einmal eine Einrichtung (besonders wie in diesem Falle bei den Arbeitskammern durch Gesetzgebung) geschaffen ist, nachträgliche Änderungen oder Vervollkommnung der sich als mangelhaft erweisenden Einzelbestimmungen mit den größten Schwierigkeiten verbunden, oder gar unmöglich sind, ist es im Interesse aller mit genannter oder ähnlicher Tätigkeit Beschäftigter von allergrößter Bedeutung, daß in den angechnittenen Fragen, wenn eben möglich, noch vor Schaffung der Arbeitskammern volle Klarheit geschaffen wird. Die Beantwortung dieser Fragen hätte sich nach zwei Richtungen hin zu erstrecken. Erstens wäre klar und unmissverständlich eine Entscheidung dahinabsehend zu treffen, welche Arbeiter und Angestellte der Gewerbeordnung unterstehen (weil eben diese Frage tatsächlich wie aus vorerwähnter verschiedenartiger Vernetzung derselben von verschiedenen Behörden und selbst Gerichte hervorgeht, wie vielfach angenommen wird) und zweitens darüber, wer in diesen Betrieben als Arbeiter und wer als Angestellter zu gelten hat. Eine klare Entscheidung in diesen Fragen könnte auch zugleich mit einem Schluß alle Meinungsverschiedenheiten über mögliche und zulässige Beschränkungen des Koalitionsrechtes für nicht der Gewerbeordnung unterstehende oder in gemeinschaftlichen Betrieben tätige Arbeiter und Angestellte den Boden entziehen. Klar und statt unritzen Grenzen für die Verantwortlichkeit dieser beiden so wichtigen Fragen mit engen Rahmen einer kurzen Bestimmungen zu finden, hätten wir für glücklich.

Wir sind vielmehr der Ansicht, daß es Fragen von so weittragender Bedeutung, besonders für die Arbeiter und Angestellten der Gemeinde- und Straßenbahnbetriebe sind, daß es sich durchaus verlohnen würde, sie auf einer möglichst sofort einzuberufenden Konferenz von Vertretern genannter Arbeiter- und Angestelltengruppen gründlich zu prüfen und dann mit entsprechenden Anträgen an die maßgebenden Stellen heranzutreten. Der einzige Einwand für solche Schritte sei es heute reichlich hat, daß uns nicht abhalten, erst Verfamtes nach Möglichkeiten nachzuholen.

Ein offenes Wort.

Die „Gewerkschaftsstimme“, die Zeitung des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands wendet sich jetzt gegen den Streit, besonders gegen denjenigen aus politischen Gründen. In einem neuen Artikel: „Ein offenes Wort“ wird hervorgehoben, daß es auch für die Arbeitgeber vaterländische Pflichten gebe. Leider setzen sich nicht alle Arbeitgeber von dem hohen sittlichen Pflichtbewußtsein tragen, wie die christlich-national gebildeten Arbeiter. Wäre diese Sorge wird geführt, daß den Arbeitern auf das ihnen zustehende Koalitionsrecht aufmerksam wird. Es werden Beispiele angeführt, wie Arbeitgeber den Arbeitern solange ansetzten bis sie aus dem Verbande austraten. Die Vertrauensmänner der Gewerkschaften seien meistens die achtbarsten Personen. Dann wird darauf hingewiesen, daß die organisierten und rechtschaffen Arbeiter von den Arbeitgebern oder deren Vertreter oft mit dem Schützengraben bedroht wurden. In den Schlichtungsausschüssen mangelte es mehrfach an dem notwendigen Durchsetzen. Der Verbandsrat des Zentralverbandes...

... habe eine dringende Sache nicht nur wochenlang verweigert, sondern den Arbeitern noch nahegelegt von dem Verbandsrat zu bleiben. Arbeiterausschüsse würden in vielen Fällen von dem Unternehmer gefeilt, die berechtigten Forderungen der Arbeiter vor dem Schlichtungsausschüsse nicht zu vertreten. Hingewiesen wird auf den Fall, der sich in den Unternehmerverbänden gegen die christlichen Gewerkschaften bemerkbar mache. Man mache viel Spektakel wegen der geringeren Löhne, verdamme aber die ungeheuer gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel. Am Schluß des Artikels heißt es: „Es wäre Zeit, daß viele Unternehmer eine andere Haltung gegenüber dem Arbeiterstande einnehmen. Die gegenseitige Not muß gemeinsam getragen werden. Durch das sittliche Pflichtbewußtsein der Arbeiter sollten sich die Vertreter der industriellen Werte nicht beschämen lassen. Der soziale Friede ist nur möglich, wenn sich die Unternehmer dazu aufschwingen, die Gleichberechtigung des Arbeitstandes anzuerkennen und praktisch auch danach zu handeln.“

Aus unseren Berufen.

Fahru. Auf Grund der von mehreren und vom folgenden Verbande über den angedachten Jahres-eingezeichneten Eingabe betreffend Erhöhung der Lohnzusatzlagen und Gewährung einer Zulage für die folgenden Lohnregelung hergeleitet. Die bisherigen Lohnzusatzlagen werden ab 1. Februar rückwirkend pro Tag mit 1.75 die täglichen Lohnzusatzlagen mit 20% erhöht. In einmaligen Zulagen werden ebenfalls für sämtliche Arbeiter 10% und für jedes Kind 20%.

Wasserburg a. Inn. In den Stadtmannrat wurde eine Erhöhung der Stundenlohn der Arbeiter, sowie die Gewährung einer einmaligen Zulage von 10% erbeten wird.

Kaisersheim. Durch Beschluß der städtischen Kollegen vom 20. Januar wurden die Stundenlohn der städtischen Arbeiter um 10% pro Stunde, bzw. 10% pro Tag erhöht. Demnach betragen die Löhne der städtischen Arbeiter pro Tag 1.75, für die ungeschulten Arbeiter 1.50 bis 1.75 pro Tag. Die Lohnzusatzlagen wurden erhöht und betragen für jeden Arbeiter und Verheiratete ohne Kinder pro Tag 1.75 mit 1 bis 3 Kindern 1.50 und mit 4 und mehr Kindern pro Tag 2.25. Während des Krieges ist man zum ersten Male eine Verbesserung im Lohn auf das Vorzeichen unseres Verbandes eingetreten.

Aus den Ortsgruppen.

Wasserburg a. Inn. Im Jahresbericht über eine Verhandlung der Gemeinde und Fabrikarbeiter, hat zu der Zeit im Jahre noch in der Heimat befindliche städtischen Arbeiter, Bezirksleiter Kolben Weiler aus München hielt einen Vortrag über die Tätigkeit unseres Verbandes während des Krieges und deren Aufgabe nach dem Kriegsende. Dieser Vortrag eingehend die Eingabe und persönlichen Verhandlungen im Verbandsrat, zum 1. Gewährung der Lohnzusatzlagen und zum 2. Gewährung der Lohnzusatzlagen und zum 3. Gewährung der Lohnzusatzlagen. Nach dem Vortrag ist es die Aufgabe des Verbandes zu machen, daß die bestehende Arbeitsordnung einer gründlichen Forderung unterzogen, der der Krankenkasse der Staatsverwaltung eine Verbesserung und billigerer Familienversicherung und eine Verbesserung der Versorgungslage eingerichtet wird. In allen handhabenden Punkten der Verbandes sind die Arbeiter sehr wohl zu berücksichtigen. Der Verband der Arbeiter und der Arbeiter durch die Lohnzusatzlagen durchgesetzt. Wenn in dieser Hinsicht die Kollegen der Stadt Wasserburg noch zurückbleiben, dann trägt man der Schuld die Gemeinde und Fabrikarbeiter auf sich und die Arbeiter und Arbeiter. In der Verhandlung haben die Arbeiter einen großen Anteil an der Verhandlung. In der Verhandlung haben die Arbeiter einen großen Anteil an der Verhandlung.

12.5 pro Stunde und eine einmalige Leertungszulage von 10.4
angebracht werden sollte. Radem Kollege Metzler am 12. 2
des Herrn Magistrat Weber vorstellte wurde, um die Wünsche
der hiesigen Arbeiter auch persönlich zu unterbreiten, ist ein
Wort unserer Eingabe zu erwarten, zumal derselbe als hiesi
gischer Angehöriger des Vorkommens ist.

Minister Mettalen. Hierauf sagte, am 8. Februar d. d. g. h. g.
dem öffentlichen Vernehmen befragt, sich mit der Kommandant
der Errichtung von Arbeiterkassen für die hiesigen
Arbeiter. Nach gründlicher Ausdrücke, an der sich Kollege Stad
tmeister Kump in belehrenden erläuternden Ausführungen
angelegte wurde. Letzterer beauftragt, eine entsprechende Ein
gabe an den Herrn Oberbürgermeister zu richten. Im weiteren
Verlaufe der Verhandlungen wurde eindringlich auf die Not
wendigkeit des gemeinschaftlichen Zusammenstehens aller Kol
legen hingewiesen und die Kollegen ermahnt, ihre Wünsche in
einer sachlicher Form zur Sprache zu bringen und sich Ver
halten vor allem wahrheitsgemäß zu berichten. Würde in
der Weise verfahren, die Interessen der Kollegen zu vertreten,
würde sich die Verantwortung auf die Träger der hiesigen Wünsche
übertragen werden und absehend verfahren können.
Kollege wurden in der Versammlung ein Kassierer und zwei
Kassenprüfer gewählt. Jeder Kollege trat als neue Mit
glieder dem Verbande bei.

Kollege die Kollegen von Minister so weiter arbeiten, damit wird
sich der hoffentlich bald in Tätigkeit tretende Arbeiterverband
der Lage sein die Interessen der Kollegen Handhabung mit
Ergebnissen wirksam zu vertreten. Denn nur wenn eine
gemeinsame Kraft organisierte Kollegen den christlichen Willen
gegen dem Arbeitgeber, auch die notwendige Unterstützung
in der Sache aber auch nur dann wird dieser seinen Aufgaben
nachkommen sein. Seine Aufgaben, die darin bestehen, die Wohlfahrt
der arbeitenden Klassen Verwaltung und Arbeiterkassen zu fördern
sind dadurch das gute Einverständnis zwischen beiden fördern zu
sich aber andererseits auch die Rechte der Arbeiterschaft ange
hend zu vertreten und alle etwa widerwärtigen Missetatungen
scharf zu bekämpfen.

Korrespondenz. Zu unserer am Sonntag den 11. Februar d. d. g. h. g.
in hiesigen Vernehmung durch Kollege Metzler hiesigen über
die Durchführung der erhobenen Forderungen und Minderungen
Wünschen werden rückwirkend ab 1. Oktober 1917 gezahlt. Günstig
ist für die Arbeiter, soweit sie im Stundenlohn und im Winter
zeitlicher Arbeitslohn begründet sind, das auch bei verzögert
erfüllung die Forderungen für den ganzen Tag bzw. Jahressumme
ausgezahlt werden. In anderer Stelle unserer Zeitung
sind wir die Wohnlage und anderen bezogenen Kollege
sich über die Bedeutung besonderer Bedeutung bei
Arbeiterkassen verdienen, das sie beweisen, das sich die
hiesigen Kollegen bei ihrem Verhalten von sozialer Seite
aussehen. Zum ersten Male während des Krieges seien
die Korrekturen des Verbandes bei annehmbare Größe zu ver
mindern. Ein besonderes Verdienst habe sich hierbei der Ge
meinde- und Arbeiterkassen-Verbandsleiter erworben, der nicht nur
einmaliger Vertreter der Arbeiterschaft und im besonderen der hiesi
gen Arbeiterkassen im Ratshaus war. Zu bedauern ist, daß in
unseren Betrieben der Stadt Korumburg die Kollegen der Er
zeugung noch ermahnen und sich bisher nicht quersitzen kann
nach Epten für ihre Sache zu bringen, sondern als als
Kollege der organisierten Arbeiterschaft, jedoch, indem sie das
von der Organisation erreichte nicht mit Wohlbehagen in ihre
Tasche stecken. Nach dem Krieges seien die Organisation
die Reihe wichtiger Aufgaben heran den Verbesserung der
Arbeitsordnung und des Vertragswesens. Hierzu aufzun
ehmen sei Aufgabe jedes Kollegen. Im Auftrag der für die
hiesigen Arbeiter erziehenden Vereine bitten wir die Kollegen
sich nicht nur bisher an die organisierten Kollegen, sondern
auch an die Organisation zu wenden.

Rundschau.

Verständnis vor dem Feinde. Nicht bloß die Freiheit des
Landesbewohners in seiner hiesigen Arbeit, sondern die
Wohlfahrt der hiesigen Arbeiter, wurde mit dem Feinde nicht
nur in einem Verhalten vor dem Feinde, sondern

Freier Handel oder öffentliche Verwaltung?

Wir haben schon in dem letzten Hefen des Monats
auf die in einem Artikel die Verhältnisse der öffentlichen

Lebensmittelbewirtschaftung. Die Deutsche Bauern-Zeitung
sieht am 16. Januar in einem mit drei Spalten langen Ar
tikel dagegen zu Felde, in dem zwar wenig sachliche Argumente
vorgebracht werden, aber eine um so kräftigere Sprache ge
redet wird. Die öffentliche Verwaltung nennt das Blatt
einen "schändlichen Zustand" mit der behördlichen Nationalisierung
habe empfunden, das anstehende Elend in der Volksernährung
unter dem wir heute zu klagen haben", das Quartum Dittus
reicht gerade zum Verschmären eines ordentlichen Butterbrotes
aus". Mit solchen Argumenten wird der Nachweis zu erbringen
versucht, daß es der freie Handel viel besser gemacht hätte.
Als Beweis, daß der freie Handel billiger liefert, wird gesagt,
man brauche nur die gegenwärtigen, durch behördliche Ver
ordnung angelegten Preise mit denjenigen zu vergleichen, die
unter dem Einfluß von Angebot und Nachfrage im freien Handel
nach Kriegsausbruch statt und gäbe wären". Gerade diese Ver
weiskführung zeigt, wie leicht man sich dieselbe macht. Daß
gegenwärtig, das heißt im vierten Kriegsjahre, höhere
Preise bezahlt werden müssen, als beim freien Handel kurz nach
Kriegsausbruch dafür sprechen andere Gründe, die auch dem
Handel nicht unbekannt sind. Warum fördert der freie Handel
nicht dieselben Preise für Äpfel, Birnen, Äpfel, Kleber, Woll,
Lohnauswurf, Pflanzensamen, Vorräte, Rosinen, Gewürze, Leder
et cetera und dergl. mehr, wie er sie kurz nach Kriegsausbruch ge
fordert hat? Die Preise für die genannten Produkte die größten
teils keiner öffentlichen Verwaltung unterliegen, kann die
minderbemittelte Bevölkerung nicht mehr bezahlen. Der
freie Handel verlangt immer die normalen Zustände im
Frieden mit den normalen Verhältnissen im Krieg. Er
kann deshalb nur darauf hinwirken, daß es so geworden ist
infolge der öffentlichen Verwaltung. Das aber ge
worden wäre, wenn die Behörde nicht eingegriffen hätte,
das veranschlagt man, aber dafür liegen Beweise vor aus den
Ländern, die eine öffentliche Verwaltung noch nicht haben.
Dort leben diejenigen, die Geld haben, noch in Luxus und
Pracht, aber die Minderbemittelten sterben des Hungers dahin.
Beschuldigt denn ein Land nach dem andern dem Vorbilde
Deutschlands und führt die öffentliche Verwaltung ein, wenn
der freie Handel sich viel günstiger bewähren soll? Die be
hördliche Nationalisierung brachte nicht anstehendes Elend, sondern
sie verhängte ein unfähiges Elend und ermöglichte
der Bevölkerung ein das Durchhalten. Das nicht mehr Lebens
mittel zur Verfügung gestellt werden können, liegt doch haupt
sächlich daran, daß nicht mehr Lebensmittel vorhanden sind, resp.
daß Erzeuger und Verbraucher sich zum größten Teil den
behördlichen Anordnungen nicht fügen. Dem freien Handel muß
es doch bekannt sein, daß im Frieden für mehr als 3 Milliarden
Mark Lebens- und Nahrungsmittel eingeführt werden, die uns
heute zum größten Teil fehlen. Es muß ihm auch bekannt sein,
daß infolge des Krieges die einheimische Produktion fast
gänzlich, weil es an Arbeitskräften, an Geräten, an
Kraftmitteln, an Maschinen und natürlichem Dünger und dergl.
fehlt. Auch an der schlechten Witterung im Jahre 1917 und
an der seit Jahrzehnten fallenden Marktpreise im Jahre
1916 hatte der Handel nichts zu ändern vermocht. Er hätte
deshalb nicht, wie Dr. Schiele vor kurzem in der Deutschen
Zeitung schrieb, das Volk viel reichlicher, dazu auch billiger
und abwechslungsreicher versorgen können. Mit solchen Phrasen und
Behauptungen will man lediglich auf wenige, die zwar unzu
frieden sind, aber in die Verhältnisse nach dem herrschenden Ge
sicht haben. Oder hätte der Handel etwa bei unseren Ver
kehrsbedingungen das Volk besser versorgen können?
Was hätte er gemacht, wenn die Beeresverwaltung die ganzen
Verkehrsmittel beschlagnahmt hätte, zu Transportmitteln für Truppen,
Munition, und Feldversorgungsstellen, oder wenn eine Sperre ein
gesetzt wäre, die in diesen Tagen, oder wenn infolge von
Schwierigkeiten in der Versorgung mit Kohlen der Transport
eingeschränkt worden wäre? Die Deutsche Bauern-Zeitung
kann mit dem Satz, wenn verkehrsmäßig sich doch nur die
da in der Lage und die in der Lage zu sein, nur auf
eine Weise die von der Nationalisierung anderer Länder
kann man die gesamte Abhängigkeit und die den Unterschied
zwischen Krieg und Friedenswirtschaft nicht begreifen oder
nicht begreifen wollen. Der Kriegsausbruch hat Nationalisierun
ginterreden werden mit Recht den Standpunkt, daß bei allen
Mängeln, die unserer öffentlichen Lebensmittelbewirtschaftung
anhängen, und an deren Beseitigung möglichst gearbeitet werden
muss, grundsätzlich an dem System festhalten werden muß.
Wären wir dem freien Handel des Geldes, so, so, so, so, so, so, so, so,
wir nicht nur zuhause heraufbeschwören unter denen die minder
bemittelte Bevölkerung am meisten zu leiden hat, sondern es
wäre zwecklos zu Nationalisierun.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der W. A. S. entnehmen wir folgende bemerkenswerte Sätze:
Lebenshaltung im Kriege. Unter diesem Titel hat der Arbeits- und Landesminister, A. Meißner, Materialien über Lebenshaltung, Preise und Einkommenverhältnisse der Arbeiter, Beamten und Privatschaffler in Preußen herausgegeben. Die Materialien sollen dem Reichsernährungsamt dienen, das etwas Besonderes mitteilen mußte. Der Ernährungsamt hat sich damit zu rechnen, daß die gegenwärtige Produktion nicht bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres abhalten werden konnte, wobei er nicht haben dürfte. Es gilt vornehmlich auf Ersatzmittel bedacht zu sein. Die gute Kartoffelernte sollte nicht dazu verleiten, freizugehen zu sein. Kartoffeln müssen in Reserve gehalten werden, um zur Zeit der Notnappheit Brot zu erzeugen.

Interessant sind die Gegenüberstellungen der Preise für Lebensmittel in den Jahren 1913 und 1917. Bezug genommen wird auf Zahlen, die das preussische statistische Landesamt in Berlin veröffentlicht hat. Nach den Notierungen im Kleinhandel in 51 preussischen Städten sind die wichtigsten Lebensmittel seit 1913 meist um über 100 bis 300 Prozent im Preise gestiegen. Auch der Preis für Kartoffeln ist ganz ungeheure Steigerungswerte. Die Ubergangzeit zum Krieg von Gemüse und Obst brachte Sammerernte auf diesem Gebiet. Da haben die Preissteigerungen mitunter alle Grenzen überwunden. 100, 200, 300, 400, 500 bis 600 Prozent erreichen die Preise für Kartoffeln gegenüber 1913. Aber alles wird in den Schatten gestellt durch die Preissteigerungen für Lebensmittel. Auf das Schicksal sind die meisten Artikel abgegangen, was dem „Konfessionar“.

Gegenüber diesen Preissteigerungen in Kaufkraft, in den Verbrauchsgüter und in den Waren der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ist gar keinem Verhältnis gemessen. Die Arbeiter und Angestellten sind durch die Preissteigerungen in der Lage, sich nur noch sehr geringfügig zu ernähren. Die Preise für Lebensmittel sind im Durchschnitt um 100 bis 200 Prozent gestiegen. Die Löhne sind aber nur um 50 bis 100 Prozent gestiegen. Die Arbeiter und Angestellten sind durch die Preissteigerungen in der Lage, sich nur noch sehr geringfügig zu ernähren. Die Preise für Lebensmittel sind im Durchschnitt um 100 bis 200 Prozent gestiegen. Die Löhne sind aber nur um 50 bis 100 Prozent gestiegen. Die Arbeiter und Angestellten sind durch die Preissteigerungen in der Lage, sich nur noch sehr geringfügig zu ernähren.

Aus alledem ist klar, daß die Arbeiter und Angestellten in der Lage sind, sich nur noch sehr geringfügig zu ernähren. Die Preise für Lebensmittel sind im Durchschnitt um 100 bis 200 Prozent gestiegen. Die Löhne sind aber nur um 50 bis 100 Prozent gestiegen. Die Arbeiter und Angestellten sind durch die Preissteigerungen in der Lage, sich nur noch sehr geringfügig zu ernähren. Die Preise für Lebensmittel sind im Durchschnitt um 100 bis 200 Prozent gestiegen. Die Löhne sind aber nur um 50 bis 100 Prozent gestiegen. Die Arbeiter und Angestellten sind durch die Preissteigerungen in der Lage, sich nur noch sehr geringfügig zu ernähren.

Eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Arbeiter und Angestellten in der Lage zu setzen, sich zu ernähren. Die Preise für Lebensmittel sind im Durchschnitt um 100 bis 200 Prozent gestiegen. Die Löhne sind aber nur um 50 bis 100 Prozent gestiegen. Die Arbeiter und Angestellten sind durch die Preissteigerungen in der Lage, sich nur noch sehr geringfügig zu ernähren.

Arbeiterbewegung.

Die Organisation der Arbeiterbewegung

Die Organisation der Arbeiterbewegung ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterbewegung. Sie ist die Grundlage für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die Organisation der Arbeiterbewegung ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterbewegung. Sie ist die Grundlage für die Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Von dem genannten Schlichtungsausschuss sagte ein Schlichter an den Arbeitern, weil er nur 8 1/2 Stundenlohn erhielt und in Köln 1 1/2 verdienen könne. Die Hälfte war bereit, ihm 2 1/2 zu zahlen, im übrigen habe der Mann in Albstadt höhere Verdienste. Der Schlichter wollte darauf nicht eingehen und es sollte nur ein Teil der Arbeiter in Albstadt 9 1/2 Stundenlohn haben, ein Teil derselben dort und andere in Albstadt mehr. Ein Privatbetriebsleiter empfahl der Jury, unter diesen Umständen 1 1/2 Stundenlohn zu zahlen, und auch der Vorsitzende machte diesen Vorschlag mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiter 1 1/2 Jahre lernen müßten, die Arbeiter aber nur eine dreijährige Lehrentzeit hatten. Der Vertreter der Firma lehnte dies ab mit den Worten: „Das ist gar kein Vergleich. Die Arbeiter sind organisiert und haben dadurch ihre Löhne mit den hohen Löhnen anderer Arbeiter und nicht organisiert und können damit auch solche Löhne nicht haben.“ Auf den Einwand des Vorsitzenden: „Ob organisiert oder nicht, hat doch damit nichts zu tun.“ erwiderte der Herr noch: „Sowohl, wären die Arbeiter nicht so organisiert, hätten sie auch diese Löhne nicht.“ (Hörst du nicht, meckst's nicht!)

Fortschritte in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

In den ersten Kriegsjahren sind alle gewerkschaftlichen Bezirksorganisationen der Arbeiter infolge der Einberufungen zum Wehrdienst und sonstiger Arbeitsverhältnisse in der Wirtschaft zum größten Teil eingegangen. Mit dem Jahr 1917 ist jedoch der Aufschwung in dieser Entwicklung überhört worden, seit da nicht es wieder vorwärts. Insbesondere hat es die in der Kriegindustrie beteiligten Berufsstände, die sich dem vormaligen Arbeiter sehr beachtenswerten Aufschwung zu verzeichnen haben. Im Lager der christlichen Gewerkschaften können die Metallarbeiter und Bergarbeiter einen erheblichen Fortschritt für 1917 rühmend nennen. Ihre Mitgliederzahl ist nicht nur verdoppelt, aber auch andere Berufsstände wie Metall- und Eisenarbeiter, Berg- und Steinarbeiter, Eisenbahner, Landarbeiter, ferner die Heimarbeitenden und der noch zum Deutsche Angestelltenverband und einem neuen Schritt vorwärts gekommen. Undankbar ist aber den Jahresabschluss für 1917 liegen noch nicht vor, aber soviel läßt sich schon übersehen, daß die christlichen Gewerkschaften insgesamt im letzten Berichtsjahr um mindestens 80.000 Mitglieder zugenommen haben. Berücksichtigt man die mit dem Krieg verbundenen Sammelarbeiten, dann ist dieser große Aufschwung ein doppelt wichtiger Beweis dafür, daß in der christlichen Gewerkschaft durch ihre energische Nachbesserung, aber besonders Vertiefung der Arbeiterinteressen die Notlagen der Arbeiter in steigendem Maße werden können.

Unter besonderer Förderung des Bundesverbandes der Gemeindebediensteten sind überhaupt die Gewerkschaften entstanden, haben unter dem Krieg sehr zugenommen. Die meisten Einzelgewerkschaften sind eingegangen, haben die Arbeiter nicht gelitten, wenn auch sehr der amtierende Vorsitz des Jahres 1916 wieder ein Zeichen zu beobachten ist. Auf der Höhe der Gewerkschaften befinden die bestehenden Verbände ihre Mitglieder zu erhalten. Der Bundesverband der Gemeindebediensteten handelt, in er trotzdem nicht mehr gemindert die Interessen seiner Mitglieder zu wahren, und die Gewerkschaften in seiner letzten Nummer berichtet er über eine Neuorganisation der Löhne der holländischen Gartenarbeiter in Wien, was auch über die Gewerkschaften in Albstadt zuzugewandt. Die Gewerkschaften in Albstadt und Albstadt im Jahre von 150 Männern im Jahre 1916, 200 Männer im Jahre 1917, ohne die 250 Arbeiter der Eisenwerke mit 1 bis 2 Stundenlohn. Die Gewerkschaften in Albstadt und Albstadt im Jahre von 150 Männern im Jahre 1916, 200 Männer im Jahre 1917, ohne die 250 Arbeiter der Eisenwerke mit 1 bis 2 Stundenlohn. Die Gewerkschaften in Albstadt und Albstadt im Jahre von 150 Männern im Jahre 1916, 200 Männer im Jahre 1917, ohne die 250 Arbeiter der Eisenwerke mit 1 bis 2 Stundenlohn.

Gedenktafel.

Weiteren in ihrer Kollege
Wilhelm Raab, 1884-1917
 Ihre keinem Andenken!

Die Gedenktafel ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterbewegung. Sie ist die Grundlage für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die Gedenktafel ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterbewegung. Sie ist die Grundlage für die Entwicklung der Arbeiterbewegung.